

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Deutschland und Frankreich — Beschäftigungslage und Volkseinkommen — Zur Marktanalyse und Lage des Buchhandels

Während die Augen der Welt auf Rom gerichtet waren, wo die Begegnung des Führers mit dem Duce Weltgeschichte machte, hat sich fast völlig im Stillen in Deutschland ein Vorgang vollzogen, der unmittelbar wirtschaftlich von größter Bedeutung ist: die Zeichnung der neuen Reichsanleihe. Nichts vielleicht stellt das so klar, als daß man gleichzeitig in Frankreich eine neue Abwertung des Franken als einzigen Ausweg aus steigender Not zur Kenntnis zu nehmen hatte. Beide Erscheinungen sind nur Symptome. Aber gerade als solche reden sie eine sehr überzeugende Sprache und lassen sie so in nuce die Gesamtlage hier und dort erkennen. Der Zusammenhang wird ja bis in alle Bezirke spürbar. Während demgemäß beispielsweise der deutsche Buchhandel Umsatzbesserung bei stabilen Preisen zu melden hat, klagt man in Paris Stein und Bein; nicht nur daß die Preise immer wieder hinaufgesetzt werden müssen, u. a. ist auch das Sterben, das namentlich durch den französischen Zeitschriftenwald geht, ein ernstes Memento. Die Berliner Börsenzeitung kennzeichnet mit Recht den Zeichnungserfolg der ersten großdeutschen Reichsanleihe als eine Vertrauenskundgebung zur Währungs- und Finanzpolitik des Nationalsozialismus. Einschließlich der bereits vorweg von den Banken fest übernommenen Summe von 250 Millionen erreichte der Gesamtbetrag der Reichsemission den bisher noch nie erzielten Höchststand von 1600 Millionen. Der Konsolidierungsprozeß umfasse nunmehr eine Summe von 10 Milliarden. Selbst wenn man berücksichtige, daß der Kreis der Anleihezeichner bei dieser Anleihe eine erhebliche Erweiterung dadurch erfahren hatte, daß erstmalig eine Emission des Reiches auch in der heimgekehrten Ostmark aufgelegt worden ist, so müsse man doch feststellen, daß noch niemals seit Bestehen des Dritten Reiches ein finanzieller Appell einen solchen Widerhall gefunden habe. Wenn man auch keine weitgehenderen Vergleiche mit Frankreich ziehen wolle, so sei doch immerhin die Tatsache zu verzeichnen, daß, nachdem Wirtschaft und Bevölkerung Deutschlands der Reichsregierung schon im Januar 1200 Millionen in Anleihen zur Verfügung gestellt haben, nunmehr ein neuer Anleihebetrag aufgebracht worden ist, der nach dem Berliner Frankentkurs umgerechnet über 20 Milliarden französische Franken ausmacht. Die ständige Erweiterung des Kreises der Zeichner und insbesondere das anhaltende Ansteigen der Kleinzeichnungen legten auch den Beweis dafür ab, daß eine Anleihetransaktion des Reiches in Deutschland nicht lediglich eine Sache des Großkapitals, sondern eine Sache des gesamten Volkes ist. Dem Berliner Totalanzeiger wird man zustimmen, wenn er sagt, man habe in Deutschland keinen Anlaß, den französischen Sorgen mit einer Art von Schadenfreude zuzuschauen, denn dazu liege uns das Schicksal des arbeitenden Menschen in allen Ländern zu sehr am Herzen, ganz abgesehen davon, daß alle diese »Währungsmaßnahmen« auf dem Rücken des Arbeiters nur zu leicht geeignet seien, Unruhe in die Welt zu tragen und auch die Stabilität anderer ausländischer Währungen zu beeinflussen. Das einzige, was uns in einem Augenblick des Erfolges der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Freude und Stolz erfülle, sei das Gefühl, in einem Staate zu leben, in dem das Wohl des Arbeiters alle Maßnahmen ausschlaggebend bestimme, in dem die Sicherung des Spargroschens oberstes Gesetz und das Vertrauen zur Führung in jeder Beziehung unbegrenzt sei. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung sehr richtig bemerkte, zeigt der Anleiheerfolg auch aufs neue das außerordentlich rasche Tempo der Bildung von Sparkapital in Deutschland, das um so höher zu werten sei, als gleichzeitig das Steueraufkommen eine Ziffer erreicht habe, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. In beiden Ergebnissen prägte sich die Vollbeschäftigung der Wirtschaft, die Umkehrung des früheren Arbeitslosenproblems in ein solches der Beschaffung brauchbarer Arbeitskräfte aus. Mit dem beinahe hundertprozentigen Ja, das der Führer in Großdeutschland auf die Frage fand, ob es dieses Groß-

deutschland wolle, liege die hundertprozentige Beteiligung aller Spareinkreife an der in der gleichen Zeit aufgelegten Reichsanleihe auf gleicher Ebene.

Über die Entwicklung des Arbeitseinkommens in Deutschland haben wir schon im letzten Bericht Angaben machen können. Sie sollen nachstehend ergänzt werden, nachdem weitere Veröffentlichungen dazu und zur Beschäftigungslage erfolgt sind. Im Reichsgebiet (ohne Österreich) hat sich nach dem letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, wie bereits bekannt, die Beschäftigungslage 1937 allgemein weiter verbessert. Die Niveauunterschiede, die im Stand der Arbeitslosigkeit zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten bestehen, seien im ganzen nur noch außerordentlich gering. Es gebe im alten Reichsgebiet kein »Arbeitslosenproblem« mehr. In der Rangordnung der Gebiete sei das Grenzland Schlesien mit 7,4 Arbeitslosen auf je 100 Arbeiter und Angestellte am ungünstigsten gestellt. In geringem Abstand folgten die ebenfalls an der Grenze liegenden Gebiete Rheinland mit 7,1% und Sachsen mit 6,9%. Demgegenüber hätten Niedersachsen mit 1,6% sowie Mitteldeutschland und Südwestdeutschland mit je 2,4% den günstigsten Stand. Wenn die prozentuale Spanne zwischen dem saisonmäßigen Hoch- und Tiefstand in allen Gebieten im Verlauf des Aufschwungs der letzten Jahre kleiner geworden sei, so hänge dies in erster Linie damit zusammen, daß die Saisonrückschläge in gewissem Umfang »starr« sind, bei höherer Beschäftigtenzahl sich also weniger stark bemerkbar machen. Zum Teil spiele freilich auch die ausgesprochene Knappheit an Arbeitskräften eine Rolle, die zu verstärktem Durchhalten der Gefolgshaften auch in der schwachen Saison Veranlassung gibt. In bezug auf die Beschäftigung in den Grenz- und den innerdeutschen Gebieten vergleichbarer Wirtschaftsstruktur wird ausgeführt, in allen Arten von Strukturgebieten hätten die Grenzgebiete bei der Ausweitung der Beschäftigung mit den innerdeutschen Gebieten nicht voll Schritt halten können. Natürlich sei auch in den Grenzgebieten die Beschäftigung seit 1933 stark gestiegen; nur gegenüber dem Gesamtreichsdurchschnitt liegen sie im Zuwachstempo etwas zurück. Im übrigen sei dieses verhältnismäßige Zurückbleiben der Grenzgebiete in Deutschland nicht entfernt so stark ausgeprägt wie in anderen Volkswirtschaften. — Zur Einkommensentwicklung liegen neue Berechnungen des Statistischen Reichsamts vor. Da die tariflichen Lohn- und Gehaltsätze selbst sich seit 1932 kaum verändert haben, kommen in der statistisch festgestellten Verlagerung zu den höher entlohnten Klassen — über die Tatsache hinaus, daß die Tarifätze mehr und mehr die Bedeutung von Mindestsätzen gewinnen — die gebesserten Arbeitsmöglichkeiten zum Ausdruck. Das Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erreichte im Jahre 1937 die Gesamtsumme von 38,3 Milliarden RM. Die Steigerung übertrifft die des Jahres 1936 und ist dem Betrag nach höher als in irgendeinem Jahr seit 1932. Die Zunahme war weitaus am stärksten bei den Arbeitern in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg und Braunschweig, bei den Angestellten in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen. Das gesamte Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten lag damit 1937 um 9% über dem höchsten Realeinkommen vor der Wirtschaftskrise. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Hebung des Realeinkommens durch Gemeinschaftsgüter, wie die Leistungen der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, die Verschönerung und Verbesserung der Arbeitsstätten und dergleichen, die sich in ihrem wirklichen Wert nicht leicht zahlenmäßig wiedergeben lassen. An der Zunahme von Beschäftigung und Einkommen hat die Industrie einen hohen Anteil. Sie hat nach der Industriebericht-erstattung des Statistischen Reichsamts seit 1933 über 53% der wieder in den Arbeitsprozeß eingegliederten Arbeiter und Angestellten aufgenommen. Auch im Jahre 1937 hat sich der Anteil der industriell Beschäftigten an der Gesamtzahl der beschäftigten